

EUROBAROMETER 59

PUBLIC OPINION IN THE EUROPEAN UNION

SPRING 2003

NATIONAL REPORT

AUSTRIA

The survey was requested and coordinated by the Directorate General Press and Communication.

This report was produced for the European Commission's Representation in Austria

This document does not represent the point of view of the European Commission.
The interpretations and opinions contained in it are solely those of the authors.

INHALTSVERZEICHNIS

1. EXECUTIVE SUMMARY	2
<u>2. EINSTELLUNGEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION</u>	7
<u>2.1. DIE SICHTWEISE DER EU</u>	7
<u>2.2. POLITIKPRIORITÄTEN UND KOMPETENZVERTEILUNG</u>	24
<u>2.3. EU-REFORMEN UND KONVENT</u>	34
<u>3. AM VORABEND DER EU-ERWEITERUNG</u>	41
<u>4. VORSCHAU AUF DIE EP-WAHLEN</u>	48
<u>5. SONDERTHEMEN</u>	57
<u>5.1. INSTITUTIONENVERTRAUEN</u>	57
<u>5.2. PROBLEME, ÄNGSTE UND POLITISCHE INVOLVIERUNG</u>	59
<u>5.3. ROLLE DER USA UND AUSSENPOLITISCHE INFORMATIONQUELLEN</u>	62

1. EXECUTIVE SUMMARY

- 1.1. Die Einstellung der Österreicher zur EU hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich verschlechtert: 34% bezeichnen die EU-Mitgliedschaft als gute Sache, 19% als schlechte Sache, 41% weder gut noch schlecht; 41% sehen sie insgesamt von Vorteil für Österreich, für 43% ist das nicht der Fall. Das Image der EU ist bei 44% neutral, für 27% sehr oder ziemlich positiv und für 25% sehr oder ziemlich negativ.
- 1.2. Mit dem Funktionieren der Demokratie in Europa zeigen sich 8% sehr und 35% ziemlich zufrieden, 31% nicht sehr und 13% sehr unzufrieden; zufriedener ist man mit der Art und Weise wie die Demokratie in Österreich funktioniert: 13% sehr und 52% ziemlich zufrieden, 24% nicht sehr und 6% überhaupt nicht zufrieden. In beiden Fällen hat die Zufriedenheit ab – und die Unzufriedenheit zugenommen.
- 1.3. Von den europäischen Institutionen genießen Vertrauen speziell der Europäische Gerichtshof (59% Vertrauen, 35% Misstrauen), die Europäische Zentralbank (52% Vertrauen, 30% Misstrauen) und das Europa-Parlament (52% Vertrauen, 32% Misstrauen). Knapp die Hälfte vertraut auch dem Europäischen Rechnungshof (49% Vertrauen, 29% Misstrauen), der Kommission sprechen 46% Vertrauen und 36% Misstrauen, dem Ministerrat 41% Vertrauen und 37% Misstrauen aus. Mehrheitlich Misstrauen wird dem Konvent entgegengebracht. Bei allen Institutionen fällt die Vertrauensbilanz deutlich schlechter aus als im Vorjahr. Generell neigen die Österreicher zu einer pointierten Bekundung von Vertrauen und insbesondere Misstrauen (unterdurchschnittliche Prozentsätze von „keine Antwort“ im EU-Vergleich). Das Vertrauensniveau von Gerichtshof und Rechnungshof liegt etwas über, das von Parlament, Kommission, Ministerrat und Konvent deutlich unter dem Durchschnitt der EU-15.
- 1.4. An inhaltlichen Aktivitäten der EU will man vor allem den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, den Kampf gegen Terrorismus, Umweltschutz, die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa, den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, Qualitätsgarantien für Nahrungsmittel, sowie den Kampf gegen organisierte Kriminalität und Drogenhandel und gegen illegale Einwanderung bevorzugt behandelt wissen. Hoher Stellenwert kommt auch der Sicherstellung der Rechte des Einzelnen und der

Achtung demokratischer Prinzipien in Europa so wie dem Konsumentenschutz und Qualitätsgarantien für andere Produkte zu.

- 1.5. Entscheidungen über die europäische Verteidigungspolitik wollen 41% von der EU getroffenen wissen, 35% von den nationalen Regierungen, nur 11% von der NATO. Sowohl im Hinblick auf die Entscheidungskompetenzen im allgemeinen wie auf die europäische Verteidigungspolitik im besonderen wird die Rolle der nationalen Regierungen stärker betont als im Herbst des Vorjahres.
- 1.6. Den größten Einfluss auf den Entscheidungsprozess in der EU schreibt man dem Europaparlament (25%) und der Europäischen Kommission (22%) zu, nur selten den Bürgern (4%). Umgekehrt möchte man aber den größten Einfluss bei den Bürgern (37%) und den nationalen Regierungen (18%) sehen.
- 1.7. Mehrheitlich wünscht man eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten. Kritisch wird jedoch hervorgehoben, dass große Länder die meiste Macht in der EU haben (80%), dass die EU unübersichtlich arbeitet (68%) wie auch nur Minderheiten die Entscheidungen der EU im allgemeinen für vernünftig halten (38%) oder glauben, dass die EU auf die Meinung „von Menschen wie mich“ hört (17%).
- 1.8. Der Europäische Konvent ist weitgehend unbekannt. Hinsichtlich der Reformvorschläge betonen 67% das Prinzip „pro Staat ein Kommissär“ und 65% wollen die Beibehaltung des Vetorechtes um wesentliche nationale Interessen zuschützen.
- 1.9. Das subjektive Informationsniveau über die Erweiterung ist in Österreich deutlich höher als in fast allen anderen Mitgliedsländern der Union (5% fühlen sich sehr gut und 43% gut über die Erweiterung informiert). 20% treten für eine Erweiterung um alle beitrittswilligen Länder und 46% für eine Erweiterung um einige Länder ein; 24% lehnen die Erweiterung dezidiert ab.
- 1.10. Nach wie vor differenziert ist die Beurteilung der Auswirkungen der Erweiterung. Man vermutet mehrheitlich einen Anstieg der weltweiten Bedeutung der EU, eine kulturelle Bereicherung Europas und eine vermehrte Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa, aber auch eine Erschwernis der Entscheidungsfindung, Mehrkosten für

Österreich und eine Verzögerung der finanziellen Unterstützung Österreichs durch die EU. 58% betonen die Notwendigkeit von Reformen vor der Aufnahme neuer Mitglieder. Im Vergleich zum Herbst 2002 werden die finanziellen Kosten stärker hervorgehoben.

- 1.11. Die Wahlbeteiligungsabsicht für die Wahlen zum Europaparlament im nächsten Jahr hält sich erkennbar in Grenzen – nur 42% der Österreicher können als Befragte mit hoher Beteiligungsabsicht qualifiziert werden (im Falle von Nationalratswahlen 58%). Sehr gering ist die Beteiligungsbereitschaft vor allem im Kreis der EU-Kritiker. Eine höhere Beteiligung kann man sich am ehesten im Falle einer Zusammenlegung der Europawahlen mit nationalen Wahlgängen vorstellen.
- 1.12. Erwünschte Themen einer EP-Wahlkampagne stellen insbesondere Arbeit, Beschäftigung, für Österreich typische Probleme, Kriminalität (sbekämpfung), Umwelt, Rechte der EU-Bürger und Einwanderungsfragen dar. Wie im Falle der EU-bezogenen Information allgemein informiert man sich über die Tätigkeit der EP-Abgeordneten überwiegend über die Massenmedien.
- 1.13. Das mäßige Interesse der Österreicher an den Europa-Wahlen dürfte nicht zuletzt an der eher zwiespältigen Sichtweise des Europäischen Parlaments liegen: Auf der einen Seite glauben sechs von zehn Befragten, dass das Europäische Parlament mehr Macht habe als der österreichische Nationalrat und gleich viele halten die EP-Wahlen für wirklich wichtig. Auf der anderen Seite bescheinigt man der Tätigkeit des Europa-Parlaments (ähnlich auch der EU insgesamt) weniger große Auswirkungen auf „Menschen wie mich“ als dies von den nationalen politischen Institutionen (Bundesregierung, Landesregierung, Nationalrat) vermutet wird. 48% meinen, dass die EU-Abgeordneten die Interessen (der Befragten) gut schützen, aber 35% sehen eher das Gegenteil als gegeben an. EU-Kritiker und wahrscheinliche Nichtwähler beurteilen sowohl die Auswirkungen der Arbeit und Entscheidungen des Europäischen Parlaments als auch die Interessenvertretung durch die EP-Abgeordneten als besonders unwichtig bzw. als mehrheitlich negativ.
- 1.14. Die Rolle der USA wird in Österreich besonders kritisch gesehen, vor allem im Hinblick auf Umweltschutz, Bekämpfung der Armut in der Welt und Frieden auf der Welt, wo mehr als die Hälfte der USA eine negative Rolle unterstellen. Eher skeptisch zeigt man

sich auch über ihren Beitrag zum Weltwirtschaftswachstum und zum Kampf gegen den Terrorismus.

- 1.15. Informationen über die aktuelle internationale Situation bezieht man primär aus den Nachrichten des österreichischen Fernsehens (76%) und österreichischen Zeitungen und Zeitschriften (75%); dann kommen noch österreichische Radiosender (53%) und Nachrichten im ausländischen Fernsehen (38%). Der Stellenwert ausländischer TV-Nachrichten, Radiostationen und Zeitungen ist in Österreich vergleichsweise hoch, was zu einem Gutteil durch die starke Penetration mit deutschsprachigen Medien (Kabel, Satellit, Printmedien etc.) erklärbar ist und zwar auch in den ostösterreichischen Ballungszentren.

2. EINSTELLUNGEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION

2.1. DIE SICHTWEISE DER EU

Schon traditionell nimmt Österreich im EU-Vergleich den Spitzenplatz im Hinblick auf das subjektive Informationsniveau über die EU, ihre Politik und Institutionen ein: auf einer 10-stufigen Skala von 1,0 (=weiß überhaupt nicht) bis 10,0 (=weiß sehr viel) entfällt auf die österreichischen Befragten ein Mittelwert von 5,12 (EU-15 Durchschnitt 4,24).

Informationen über die EU wünscht man vor allem vom Fernsehen (49%), von Tageszeitungen (37%) und vom Radio. Ein Viertel hätte am liebsten ein kurzes, überblickhaftes Merkblatt, ein Fünftel eine detaillierte Broschüre. Es folgen Zeitschriften und das Internet. 12 % wollen dezidiert keine Informationen.

EUROBAROMETER 59.1
Austria

GRAFIK 2: Gewünschte Informationsquellen.....F8

In der nahen Zukunft sehen sich 51 % der Österreicher nur als Österreicher(innen), 34 % als Österreicher und Europäer, 8 % als Europäer und Österreicher und 3 % nur als Europäer(innen). Eine primär oder ausschließlich europäische Identität weisen somit 11 % auf, ein Wert der sich seit dem EU-Beitritt 1995 nur unwesentlich erhöht hat. EU-weit sind ausschließlich nationalstaatliche Identitäten mit 40 % geringer verbreitet als in Österreich, doch verbergen sich hinter diesem Durchschnittswert starke nationale Schwankungen. Soziodemografisch gesehen entsprechen die österreichischen Differenzen jenen der anderen EU-Länder: eine primär oder ausschließlich europäische Identität findet sich häufiger in den oberen Bildungsschichten, bei jungen Menschen und im urbanen Bereich.

46% der Österreicher sprechen sich für die Beibehaltung des Namens „Europäische Union“ aus, jeweils etwa in Zehntel würden „Vereintes Europa“ (11%), „Die Europäische Gemeinschaft“ (10%) oder „Die Vereinigten Staaten von Europa“ (9%) bevorzugen, 5% „Die Vereinigten Nationen von Europa“. 3% entfallen auf andere Bezeichnungen, 17% beziehen keine Stellung.

EUROBAROMETER 59.1
Austria

GRAFIK 3 Nationale und Europäische Identität Frage 12

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Die Europäische Union bedeutet für Herrn und Frau Österreicher speziell EURO (47%) und die Freiheit, überall in der EU zu reisen, zu studieren und zu arbeiten (39%). Danach folgen freilich eine Reihe kritischer Punkte: Geldverschwendung (39%), Arbeitslosigkeit (30%), mehr Kriminalität (29%) und Bürokratie (28%). Jeweils ein Viertel nennen Frieden (22%), stärkere Mitsprache in der Welt (21%) und kulturelle Vielfalt (20%), 17% nicht genug Kontrollen an den Außengrenzen, jeweils ca. ein Zehntel wirtschaftlichen Wohlstand (12%), soziale Sicherheit (11%) oder den Verlust der kulturellen Identität (10%). Im europäischen Vergleich sind die positiv konnotierten Bezugspunkte in Österreich deutlich schwächer, die negativ konnotierten deutlich stärker vertreten.

Tabelle: Bedeutung der EU im EU-Vergleich

„Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich?“

in Prozent (Mehrfachnennungen)	Österreich		EU-15	
EURO	47		43	
Reise- } Studien- und Arbeitsfreiheit in der EU	39		49	
Friede- } Stärkere Mitsprache in der Welt/kulturelle Vielfalt/wirtschaftlicher Wohlstand/soziale Sicherheit	86	125	115	164
Geldver- } schwendung	39		19	
Arbeits- } losigkeit/mehr Kriminalität/Bürokratie/nicht genug Kontrolle an Außengrenzen/Verlust von kultureller Identität	114	153	79	98

Quelle: EUROBAROMETER 59.1 (Frühjahr 2003)

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Die Mitgliedschaft Österreichs in der EU wird von 34 % als gute Sache und von 19 % als schlechte Sache bewertet, 41 % meinen sie sei weder gut noch schlecht. Gegenüber dem Herbst 2002 hat sich das dezidiert positive Urteil um minus 12 Prozentpunkte verringert, die negative Beurteilung um plus 6 Prozentpunkte erhöht. Die Werte vom Frühjahr 2003 entsprechen somit wieder dem Schnitt der letzten Dekade. Ähnliches gilt für die Frage, ob die Mitgliedschaft in der EU für Österreich insgesamt von Vorteil ist (41 %, minus 8 PP) oder ob dies nicht der Fall ist (43 %, plus 10 PP); 17 % wissen dies nicht zu beantworten. In beiden Punkten erweist sich die Bewertung in den jüngeren Altersgruppen und bei den besser Gebildeten signifikant positiver als bei älteren und weniger gebildeten Menschen. Frauen äußern sich weniger positiv als Männer. Gut ein Viertel gibt an, dass die EU für ihn oder sie ein sehr positives (7 %) oder ziemlich positives (20 %) Image habe, ein anderes Viertel verweist auf ein ziemlich (19 %) oder sehr negatives (6 %) Image; am stärksten verbreitet ist mit 44 % ein neutrales Image. Im Vergleich zum Frühjahr hat sich das Image der EU somit verschlechtert (positiv: minus 10 PP, negativ: plus 8 PP). Österreich liegt in der generalisierten Bewertung der Union unter dem Schnitt der EU-15, in einer ähnlichen Größenordnung wie die beiden anderen Newcomer Finnland und Schweden.

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Grafik 2 (alt) Frage 9: EU-Mitgliedschaft gut-schlecht (1995-2003)

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Grafik 3 (alt): Vorteile durch EU-Mitgliedschaft (1996-2003) FRAGE 10

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Von den EU-Institutionen weisen das Europa-Parlament mit 94 %, die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und der Europäische Gerichtshof (jeweils über der 80-Prozent Marke) die höchste (gestützte) Bekanntheit auf, es folgen der Ministerrat der EU und der Europäische Rechnungshof (jeweils mehr als drei Viertel). Weit geringer ist die Bekanntheit des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Regionalausschusses, des Europäischen Ombudsmannes und vor allem des Konventes über die Zukunft der EU.

Eine wichtige Rolle im Leben der EU spricht man vor allem dem Parlament (77%), der Kommission (74%), der Zentralbank (74%) und dem Europäischen Gerichtshof zu (73%); zudem dem Rechnungshof und dem Ministerrat. Weniger als Hälfte erachten Regionalausschuss, Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ombudsmann für bedeutsam; vom Konvent über die Zukunft der EU sagt dies nur ein Drittel. Für alle Institutionen gilt, dass ihnen weniger Bedeutung zugeschrieben wird als im Herbst des Vorjahres.

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Grafik 6(alt): Bekanntheit Europäische Institutionen FRAGE 15

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Grafik 7 (alt) BEDEUTUNG EUROPÄISCHER INSTITUTIONEN FRAGE 16

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Grafik 8 (alt): VERTRAUEN IN EUROPÄISCHE INSTITUTIONEN Frage 17

Vertrauen genießen speziell der Europäische Gerichtshof (59% Vertrauen, 25% Misstrauen), die Europäische Zentralbank (52% Vertrauen, 30% Misstrauen) und das Europa-Parlament (52% Vertrauen, 32% Misstrauen). Knapp die Hälfte vertraut auch dem Europäischen Rechnungshof (49%) und der Kommission (46%); der Ministerrat kommt auf 41%. Etwa gleichviel Vertrauen wie Misstrauen wird dem Europäischen Ombudsmann, dem Regionalausschuss und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss entgegengebracht; negativ die Bilanz beim Europäischen Konvent. Bei allen Institutionen fällt die Vertrauensbilanz deutlich schlechter aus als im Herbst 2002, und ähnelt der vom Frühjahr 2002.

Tabelle: Vertrauensbilanz 2002- 2003

Prozentpunktdifferenz Vertrauen (+) vs. Misstrauen (-)	PPD Frühjahr 2002	PPD Herbst 2002	PPD Frühjahr 2003
Europäischer Gerichtshof	+31	+42	+34
Europäische Zentralbank	+21	+36	+22
Europa-Parlament	+14	+33	+20
Europäischer Rechnungshof	+14	+28	+20
Europäische Kommission	+4	+22	+10
Ministerrat der EU	-3	+19	+4
Europäischer Ombudsmann	+4	+18	-1
Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU	-3	+12	-1
Regionalausschuss der EU	-5	+11	-1
Konvent über die Zukunft der EU	-7	+10	-7

Quelle: EUROBAROMETER 57.1, 58.1 und 59.1

Generell neigen die Österreicher zu einer vergleichsweise pointierten Bekundung von Vertrauen und insbesondere Misstrauen, d.h. die Variante „keine Antwort“ wird seltener gewählt als in vielen anderen Ländern. Das Vertrauensniveau von Gerichtshof und Rechnungshof liegt etwas über, das von Parlament, Kommission, Ministerrat und Konvent deutlich unter dem Durchschnitt der EU-15.

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Zwei Drittel (65%) der Österreicher sind mit der Art und Weise wie die Demokratie in Österreich funktioniert sehr (13%) oder ziemlich (52%) zufrieden, drei von zehn monieren Unzufriedenheit (24% nicht sehr, 6% überhaupt nicht zufrieden). Mit dem Funktionieren der Demokratie in Europa zeigen sich 8% sehr und 35% ziemlich zufrieden; Unzufriedenheit geben 44% zu Protokoll (31% nicht sehr, 13% überhaupt nicht zufrieden). Im Herbst war man in beiden Fällen zufriedener. Ein Überhang an nationaler Demokratiezufriedenheit ist dabei für die Mehrheit der EU-Mitgliedsländer charakteristisch, mehr Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU findet sich überwiegend in Ländern mit geringer nationaler Demokratiezufriedenheit (Italien, Portugal, Griechenland) und in Irland.

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Grafik 9

Tabelle: Demokratiezufriedenheit im Vergleich

„Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise wie die Demokratie in ... funktioniert?“

Mittelwerte auf einer 4-stufigen Skala von 1,00=sehr zufrieden bis 4,00=überhaupt nicht zufrieden	eigenes Land	in der EU	Differenz*
Dänemark	3,24	2,68	+0,56
Luxemburg	2,95	2,70	+0,25
Finnland	2,86	2,42	+0,44
Schweden	2,85	2,37	+0,48
Irland	2,76	2,82	-0,06
Österreich	2,75	2,43	+0,32
Niederlande	2,75	2,48	+0,27
Frankreich	2,73	2,51	+0,22
Deutschland (West)	2,69	2,52	+0,17
Belgien	2,67	2,60	+0,07
United Kingdom	2,64	2,24	+0,40
Spanien	2,59	2,61	-0,02
Griechenland	2,45	2,57	-0,12
Italien	2,26	2,53	-0,27
Portugal	2,25	2,44	-0,19
Deutschland (Ost)	2,14	2,10	-0,05

* positives Vorzeichen: mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land mehr zufrieden

negatives Vorzeichen: mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU mehr zufrieden

Quelle: EUROBAROMETER 59.1 (Frühjahr 2003)

2.2. POLITIKPRIORITÄTEN UND KOMPETENZVERTEILUNG

An inhaltlichen Aktivitäten der EU will man vor allem den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa, Umweltschutz, den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, den Kampf gegen Terrorismus, den Kampf gegen organisierte Kriminalität und Drogenhandel, Qualitätsgarantien für Nahrungsmittel und den Kampf gegen illegale Einwanderung bevorzugt behandelt wissen. Hoher Stellenwert kommt auch der Sicherstellung der Rechte des Einzelnen und der Achtung demokratischer Prinzipien in Europa wie dem Konsumentenschutz und Qualitätsgarantien für andere Produkte zu. Es folgen ein näheres Eingehen auf die europäischen Bürger, die erfolgreiche Einführung des EURO und die Reform der EU und ihrer Arbeitsweisen; etwas schwächer die weltweite Durchsetzung der politischen und diplomatischen Bedeutung der EU. Am Ende der Prioritätenliste rangiert die Aufnahme neuer Mitgliedsländer.

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Grafik 10

EUROBAROMETER 59.1
Austria

82 % sprechen sich dafür aus, die Kinder in der Schule zu lehren wie die Einrichtungen der EU funktionieren; 72 % befürworten eine Europäische Währungsunion mit einer einheitlichen Währung und 65 % eine gemeinsame Außenpolitik der EU-Mitgliedsstaaten gegenüber anderen Ländern. 71 % sind für den Rücktritt des Präsidenten der Europäischen Kommission und der Kommissare falls diese nicht das Vertrauen einer Mehrheit im Europa-Parlament haben. Etwas weniger deutlich fällt die Befürwortung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedsstaaten (62 %) aus und die Zuschreibung der Verantwortung an die EU für jene Angelegenheiten, die nicht effektiv durch die Regierungen auf Bundes-, Landes- oder Gemeindeebene behandelt werden können (62 %). Für eine Erweiterung der EU um neue Länder sprechen sich 43 % der Österreicher aus, dagegen 44 %.

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Grafik 11

Die gewünschte Kompetenzverteilung zwischen Österreich und der EU wird wie folgt gesehen:

Gemeinsame Entscheidungen innerhalb der EU wünscht man mit starker Mehrheit für Kampf gegen internationalen Terrorismus, Kampf gegen Menschenhandel und Ausbeutung von Menschen, für Informationen über die EU-Politik und Einrichtungen, Kampf gegen organisiertes Verbrechen und gegen Drogen, in Währungsfragen, für die Außenpolitik gegenüber Ländern außerhalb der EU, für Forschung in Wissenschaft und Technik, und für Unterstützung von Regionen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Eher gering ist die Mehrheit im Hinblick auf Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung und humanitärer Hilfe.

Eine Entscheidung durch die österreichische Bundesregierung wünscht man für die Herausforderung die die Überalterung der Gesellschaft mit sich bringt, Umweltschutz, Verhinderung von Jugendkriminalität, Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Verteidigung, Landwirtschaft und Fischereirechten, Kulturpolitik, Regelung des politischen Asyls, Aufnahme von Flüchtlingen, Einwanderungspolitik, Erziehung und Bildung und Grundregeln für die Medien. Drei Viertel befürworten zudem eine nationale Zuständigkeit bei Polizei, Justiz sowie im Gesundheits- und Sozialwesen.

In praktisch allen Bereichen wird die Rolle der Bundesregierung stärker betont als im Herbst des Vorjahres.

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Grafik 12a

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Grafik 12b

Die überwiegende Mehrheit der österreichischen Befragten spricht sich für einen Ausbau der gemeinsamen Sicherheits-, Außen- und Verteidigungspolitik aus. Jeweils etwa drei Viertel befürworten

- eine von den USA unabhängige Außenpolitik der EU;
- die Wahrung der Menschenrechte in jedem EU-Mitgliedsland und weltweit, auch wenn dies gegen die Wünsche einiger Mitgliedstaaten bzw. anderer Länder sein sollte;
- die Vertretung eines gemeinsamen Standpunktes der EU-Mitgliedsländer im Falle einer internationalen Krise.

71% votieren für ein Mitspracherecht der neutralen Mitgliedsländer in der EU-Außenpolitik, eine Ansicht, die auch von den meisten nicht-neutralen Mitgliedsländern geteilt wird (Ausnahme: Dänemark, Niederlande).

Etwa zwei Drittel sprechen sich aus für

- einen eigenen Sitz der EU im UNO-Sicherheitsrat;
- eine gemeinsame Einwanderungspolitik der EU für Menschen aus Nicht-EU-Ländern bzw. eine gemeinsame Asylpolitik;
- einen gemeinsamen EU-Außenminister.

Etwas geringer fällt die Zustimmung für eine schnelle militärische Einsatztruppe der EU für den raschen Einsatz in Krisengebieten aus (57% Zustimmung, 28% Ablehnung) und nur 35% wollen den Beitrittsländern 2004 schon jetzt ein Mitspracherecht in der EU-Außenpolitik einräumen.

Entscheidungen über die Europäische Verteidigungspolitik will man vor allem von der EU getroffen wissen (41%), 35% bevorzugen die nationalen Regierungen. 11% möchten die Entscheidungskompetenz bei der NATO wissen.

Grafik 13a

Grafik 13b

2.3. EU-REFORMEN UND KONVENT

Den größten Einfluss auf den Entscheidungsprozeß innerhalb der EU schreibt man dem Europa-Parlament (25%) und der Europäischen Kommission (22%) zu; ansatzweise noch den nationalen Regierungen (15%) und den Parlamenten der Mitgliedstaaten (11%). Im EU Vergleich fällt auf, dass Österreich den Einfluss der nationalen Regierungen vergleichsweise schwächer, jenen der nationalen Parlamente stärker einschätzt. Einig ist man sich mit dem Gros der Befragten anderswo, dass den Bürgern nur wenig Einfluss zukommt (4%), ähnliches gilt für Unternehmen (5%), Interessenvertretungen (3%) und Gewerkschaften (1%). Einig ist man sich auch mit den Befragten in den anderen EU-Staaten, dass eigentlich die Bürger den größten Einfluss haben sollten (37%), gefolgt von den nationalen Regierungen (18%) und dem Europaparlament (16%). Erst dann kommen die Parlamente der Mitgliedstaaten (8%) und die Kommission (6%). Am wenigsten Einfluss wünscht man für Interessenvertretungen, Unternehmen und Gewerkschaften.

Tabelle: Faktischer und gewünschter Einfluss auf Entscheidungsprozesse in der EU

In Prozent	Österreich		EU-15	
	hat den größten Einfluss	sollte den größten Einfluss haben	hat den größten Einfluss	sollte den größten Einfluss haben
Europa-Parlament	25	16	27	18
Europäische Kommission	22	6	17	6
Nationale Regierung	15	18	22	15
Parlamente der Mitgliedstaaten	11	8	4	5
Unternehmen	5	1	4	1
Bürger	4	37	5	40
Interessenvertretungen	3	2	4	1
Gewerkschaften	1	0	1	1
andere (spontan)	1	1	0	0
weiß nicht	14	12	16	13

Quelle: EUROBAROMETER 59.1 (Frühjahr 2003)

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Dementsprechend kritisch fallen die Aussagen zur Entscheidungsfindung und Funktionsweise der EU aus:

- 80% meinen, dass große Länder die meiste Macht in der EU haben, aber nur 30%, dass kleine Länder ihre Interessen in der EU wirksam schützen können;
- 76% plädieren für eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in wirtschaftlichen und 69% in sozialen Angelegenheiten;
- 68% halten die Art, wie die EU arbeitet für zu unübersichtlich; 63% befürchten, dass es nach der Erweiterung der EU mehr Bürokratie geben werde und nur 30% meinen, dass die EU nach der Erweiterung gut funktionieren werde;
- 51% bescheinigen den Entscheidungen der EU Einfluss auf ihr persönliches Leben, aber lediglich 38% halten die Entscheidungen der EU im allgemeinen für vernünftig und gar nur 17% glauben, dass die EU auf die Meinung „von Menschen wie mich“ hört.

Immerhin 58% sehen Österreichs Einfluss in der EU für wichtig an und 51% meinen, sie verstünden wie die EU funktioniere. Knapp die Hälfte (46%) möchte mehr Verantwortung von den Mitgliedstaaten auf die EU übertragen wissen.

Die österreichischen Antworten spiegeln zum einen die auch auf nationalstaatlicher Ebene vorfindbare Differenz zwischen subjektiver politischer Kompetenzzanmutung (man hält sich für informiert) und vermuteter (mangelnder) Responsivität der politischen Institutionen (subjektive Einflusslosigkeit gegenüber dem Bürokratismus der Institutionen) wieder, verweisen zum anderen aber doch auf den Eindruck beträchtlicher Funktionsdefizite der Union: starke überdurchschnittliche Skepsis hinsichtlich der Vernünftigkeit von EU-Entscheidungen, Furcht vor zunehmenden Einbußen an Funktionalität und überdurchschnittliche Betonung „der Macht der Großen“ bzw. unterdurchschnittlicher Glauben an die Möglichkeit kleiner Staaten ihre Interessen in der EU wirksam zu schützen und auch unterdurchschnittlich ausgeprägte Einschätzung des Einflusses des eigenen Landes.

Grafik 14: Einschätzung Europäische Union

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Wie im Vorjahr befürworteten zwei Drittel (63 %) der österreichischen Befragten, dass die Europäische Union eine Verfassung haben sollte, die gegenteilige Ansicht vertreten nur 8 %. Hinsichtlich des Wahlmodus für den Präsidenten der Europäischen Kommission votieren 25 % für eine Direktwahl durch die EU-Bürger, 23 % für eine Wahl durch das Europa-Parlament und 21 % wünschen eine Nominierung durch die Staats- und Regierungschefs. 19% bevorzugen eine Mischform (Wahl durch Parlament und Staats- und Regierungschefs).

Das nationale Vetorecht bei den wichtigsten und heikelsten Entscheidungen sollte nach Ansicht von 65 % beibehalten werden, um wesentliche nationale Interessen zu schützen; 18 wollen eine Beschränkung des Veto-Rechtes auf einige wichtige Bereiche und 4% wollen es generell abgeschafft wissen, um die EU effizienter zu machen. Die Österreicher zählen zu den stärksten Befürwortern des Vetorechtes, das generell speziell in den kleineren Mitgliedsstaaten geschätzt wird. Freilich gibt es in keinem Land eine Mehrheit für die Aufgabe des Vetorechtes.

Eine Direktbesteuerung durch die EU lehnen 54% ab, 18% befürworten sie (28% weiß nicht).

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Der Europäische Konvent entpuppt sich als weitgehend unbekanntes Wesen – in Österreich wie in so gut wie allen EU-Mitgliedsländern. Zwar wissen 38% (EU 15: 39%) dass der Konvent an Vorschlägen arbeitet die EU zu reformieren 34% (EU 15: 41%), dass unsere Regierung im Konvent vertreten ist, bei allen anderen Items geben aber zwei Drittel an, nicht Bescheid zu wissen. Jeweils ein Viertel vermutet, dass unser Parlament im Konvent vertreten ist (A: 23%, EU 15: 29%) bzw. dass es den Mitgliedstaaten gestattet sein wird, die Endvorschläge des Konvent abzuändern (A: 25%, EU 15: 22%). Über die Frage ob die Regierungen zukünftiger Mitgliedstaaten bereits im Konvent vertreten sind, die Terminisierung der Arbeit des Konvents und die Möglichkeit der Bürger, die Endvorschläge des Konvents zu akzeptieren oder abzulehnen, halten sich „richtige“ und „falsche“ Antworten – so sie überhaupt gegeben wurden – in etwa die Waage.

Dementsprechend wünschen 63% (EU 15: 74%) mehr Informationen über den Konvent durch die Medien, 58% (EU 15: 71%) durch die Politik und nur 17% (EU 15: 16%) meinen, man höre zur Zeit zuviel über den Konvent.

Die Frage nach Anzahl und Herkunft der Kommissare nach der Erweiterung wird in Österreich ziemlich eindeutig beantwortet: So meinen

- 67% jeder Mitgliedstaat solle das Recht haben einen Kommissar zu ernennen (EU 15: 72%);
- 67% österreichische Interessen würden darunter leiden, wenn es keinen österreichischen Kommissar gäbe (EU 15: 69%);
- 65% nach der Erweiterung sollte es weiterhin mindestens einen Kommissar von jedem Mitgliedstaat geben (EU 15: 72%);
- 59% kleine Mitgliedstaaten sollten das Recht haben, genauso viele Kommissare zu ernennen, wie die großen Mitgliedstaaten (EU 15: 51%);
- 60% glauben nicht, dass die EU ineffizient würde, gäbe es von jedem Mitgliedstaat einen Kommissar (EU 15: 62%).

Das Prinzip „pro Staat ein Kommissar“ wird aber in allen EU-Mitgliedstaaten hochgehalten, selbst die Frage ob kleine Mitgliedstaaten genauso viele Kommissare haben sollten wie die großen wird überall mehrheitlich bejaht: in den „kleinen“ und „mittleren“ Ländern sowie Spanien und Italien mit absoluter Mehrheit, in den „großen“ Staaten und Portugal mit relativer Mehrheit.

Eher geteilt sind hingegen die Ansichten über die Dauer des Ratsvorsitzes: 44% wünschen die Beibehaltung des bestehenden Modus eines Wechsel des Ratsvorsitzenden nach 6 Monaten, um jedem Mitgliedsaat die Möglichkeit zugeben, regelmäßig die Präsidentschaft zu übernehmen; 36% sind für eine Verlängerung der Präsidentschaft, da 6 Monate zu kurz sind, um wesentliche Ergebnisse zu erzielen.

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Grafik 15: EU-Kommissare

3. AM VORABEND DER EU-ERWEITERUNG

Das subjektive Informationsniveau über die EU-Erweiterung ist in Österreich mit 48% an sich sehr gut oder gut informiert Fühlenden eines der höchsten in der EU (vergleichbare Werte verzeichnen noch Finnland, Dänemark und Luxemburg): Allerdings existieren ausgeprägte bildungs- und geschlechtsspezifische Unterschiede im Informationsgrad. Fast allen Befragten sind die Erweiterungskandidaten zumindest dem Namen nach bekannt – die Werte schwanken zwischen 88% (Lettland, Litauen) und 98% (Ungarn); vor allem die Nachbarländer kennt darüber hinaus ein Gutteil aus eigener Anschauung oder hat dorthin Verbindungen: Ungarn 59%, Slowenien und Tschechische Republik 43%, Slowakei 25%, aber auch das Urlaubsland Türkei mit 39%. Eine vergleichbare Kontaktintensität findet sich sonst nur noch in den skandinavischen Ländern und teilweise in Ostdeutschland.

Tabelle: Kontakte mit/in Kandidatenländern

„Und in welchen (der folgenden Länder) sind Sie schon einmal gewesen oder haben Sie Verbindungen?“		
in Prozent	Österreich	EU-15
Ungarn	59	12
Tschechische Republik	43	14
Slowenien	43	6
Türkei	39	18
Slowakei	25	6
Zypern	13	9
Polen	11	12
Malta	11	8
Rumänien	9	5
Bulgarien	8	6
Estland	3	3
Lettland	2	2
Litauen	2	2
keines davon	15	59

Quelle: EUROBAROMETER 59.1 (Frühjahr 2003)

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Grafik 16: Subjektives Informationsniveau zur EU-Erweiterung

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Grafik 17: Einstellung zur Erweiterung

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Im Frühjahr 2003 treten 20% für eine Erweiterung um alle beitrittswilligen Länder und 46% für eine Erweiterung um einige Länder ein; 24% lehnen die Erweiterung dezidiert ab. Im Herbst 2002 betragen die entsprechenden Prozentsätze 18% (alle), 47% (einige) und 22% (keine Erweiterung).

Um die Einstellung zur EU-Erweiterung differenzierter abzutesten, wurden den Befragten im Winter 2002 zwei Frageversionen vorgelegt. Bei Version A bestand die Möglichkeit einer einfachen Befürwortung oder Ablehnung (und der Antwortverweigerung), bei Version B war eine Abstufung möglich. Bei Version A wurden 44% an befürwortenden Antworten, bei Version B hingegen 51% (voll und ganz: 20%, eher: 31%) gemessen, die Ablehnung sank von 39% (Version A) auf 33% (23% eher, 10% voll und ganz, Version B). Darüber hinaus entschieden sich (Version B) 12% für die Möglichkeit, dass es von den (beitrittswilligen) Ländern abhinge. In dieser Variante gab es auch signifikant weniger Antwortverweigerer. Im EU-Vergleich befand sich Österreich bei Frageversion A an viertletzter Stelle (eine stärkere Ablehnung gab es im Vereinigten Königreich, in Frankreich und Deutschland), bei Frageversion B im europäischen Mittelfeld. Dies verweist auf eine gewisse Ambivalenz der Einstellungen: auch manche Befürworter haben Zweifel und manche Gegner sehen Positives; zudem werden die Beitrittskandidaten unterschiedlich beurteilt.

Tabelle: Einstellung zur EU-Erweiterung II (Split Ballot)

„Sind Siedie Erweiterung der EU“		„Sind Sie persönlich.....die Erweiterung der Europäischen Union?“	
Version A	in %	Version B	in %
dafür } }	44	befürworte voll und ganz	20
		befürworte eher	31
		hängt von Land/von Ländern ab	12
dagegen } }	39	lehne eher ab	23
		lehne voll und ganz ab	10
keine Angabe	16	keine Angabe	5

Quelle: EUROBAROMETER 59.0 (Winter 2002)

Wie schon aus den früheren EUROBAROMETER - Umfragen ablesbar, werden die Auswirkungen der Erweiterung sehr differenziert beurteilt: überwiegend vertritt man die Ansicht, dass eine Vergrößerung der EU ihre weltweite Bedeutung steigern wird (66 %) und eine kulturelle Bereicherung Europas darstellt (61 %); auch orten 49 % eine vermehrte Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa. Umgekehrt vermuten 71 % dass die Entscheidungsfindung auf Europäischer Ebene dadurch schwieriger wird, befürchten 62 % Mehrkosten für Österreich, 58 % eine Verringerung der finanziellen Unterstützung Österreichs durch die EU und fast die Hälfte (48%) einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Österreich. 58 % sehen zudem die Notwendigkeit einer Reform der Arbeitsweise und Institutionen der EU bevor sie neue Mitglieder aufnimmt. Freilich ist nur eine Minderheit der Ansicht, dass eine Vergrößerung der EU die Wichtigkeit Österreichs beeinträchtigen wird. Zuletzt sprechen sich 70 % gegen eine finanzielle Unterstützung zukünftiger Mitgliedsstaaten vor deren Beitritt aus. Im Vergleich zum Herbst 2002 hat sich der Stellenwert der Kostenargumente etwas erhöht. Generell zeigt sich nach wie vor, dass Befürchtungen im Hinblick auf die Erweiterung konkrete Themen (Kosten und Arbeitslosigkeit) berühren, Hoffnungen hingegen eher abstraktere Bereiche (wie die Stellung der EU in der Welt und kulturelle Bereicherung).

Die Einstellung zur Erweiterung differenziert nach wie vor deutlich nach soziodemografischen Merkmalen: je höher das Bildungsniveau umso erweiterungsfreundlicher, je älter umso skeptischer. Frauen zeigen sich zurückhaltender als Männer. Als noch gewichtiger erweisen sich freilich allgemeine Einstellungen zur Europäischen Union und das (subjektive) Informationsniveau: das Gros derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft Österreichs für eine gute Sache halten, stehen der Erweiterung positiv gegenüber aber die Mehrheit derer, die die eigene EU-Mitgliedschaft für schlecht halten, lehnen auch die Erweiterung ab. Und: je besser das Informationsniveau über die EU im allgemeinen und die Erweiterung im besonderen umso stärker die Zustimmung zur Erweiterung.

Grafik 18: Feststellungen zur Erweiterung

4. VORSCHAU AUF DIE EP-WAHLEN

Die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung zum Europäischen Parlament und zum Nationalrat wurde mittels einer 10-stufigen Skala (von 1=sicher nicht wählen bis 10= sicher wählen) erhoben. Die Beteiligungsabsicht für die nationale Ebene liegt dabei deutlich über jener für die Europaebene:

- „hohe Beteiligungsabsicht“ (Skalenwerte 8,9,10): NRW – 58%, EPW – 42%;
- „mittlere Beteiligungsabsicht“ (Skalenwerte 4,5,6,7): NRW – 21%, EPW – 18%;
- „keine/geringe Beteiligungsabsicht“ (Skalenwerte 1,2,3): NRW – 9%, EPW – 17%.

In der jüngsten Alterskohorte, in der unteren Bildungs- und Sozialschicht und bei Frauen liegt die Beteiligungsabsicht deutlich unter dem Durchschnitt, generell bei Personen, die der EU kritisch bis ablehnend gegenüberstehen. Dies entspricht den Ergebnissen der Wahltagsbefragung bei den letzten EP-Wahlen in Österreich, wo die Wahlenthaltung unter EU-Kritikern weit höher lag als unter Befürwortern der Union bzw. der österreichischen EU-Mitgliedschaft.

Eine stärkere Bereitschaft zur Beteiligung an Europawahlen bekundet man am ehesten für den Fall, wenn Gemeinderats-, Landtags- und Nationalratswahlen am selben Tag stattfinden würden wie EU-Wahlen, gefolgt von der Existenz regionaler Kandidatenlisten. Jeweils etwa ein Drittel verweist auf die Möglichkeit am Arbeitsplatz bzw. im Internet zu wählen, ein Viertel auf die Gratis-Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel am Wahltag bzw. die Einrichtung von Wahllokalen in Supermärkten. Am wenigsten Wirkung schreibt man Europa-Wahlen am selben Tag in der ganzen EU und Kandidaten aus anderen Mitgliedstaaten zu. Zu beachten ist freilich, dass alle genannten Maßnahmen – ob realistisch oder nicht – vor allem von denen genannt werden, die ohnehin eine höhere Bereitschaft zur Stimmenabgabe aufweisen. Lediglich die Zusammenlegung der verschiedenen Wahlebenen würde auch eine größere Anzahl (ziemlich) sicherer Nichtwähler zu den Wahlurnen locken.

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Grafik 19: Europa-Parlamentswahlen

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Auf die Frage, auf welche Bereiche sich die nächste Wahlkampagne des Europa-Parlaments konzentrieren sollte, nennen 50% Arbeit/Beschäftigung, 45% für Österreich typische Probleme, 42% Kriminalität, 39% Umwelt, 35% die Rechte der EU-Bürger und 31% Einwanderung. Das geringste Interesse besteht an der Erweiterung, der Institutionenreform und der Tätigkeit des Europa-Parlaments. Auffällig ist dabei die im EU-Vergleich starke Betonung österreichischer Probleme (Nr. 2 in Österreich, Nr. 5 im Schnitt der EU-15).

Informationen über bzw. Kontakte mit Mitgliedern des Europa-Parlaments sind eher mäßig verbreitet: 38% geben an, seit den letzten EP-Wahlen nichts (mehr) von den Abgeordneten gehört oder gesehen zu haben bzw. persönliche Kontakte gehabt zu haben. Österreich bewegt sich diesbezüglich im Mittelfeld der EU-Mitgliedsländer. 39% verweisen auf die Berichterstattung im Fernsehen, 30% in den Printmedien und 13% im Radio sowie 7% auf das Internet, 4% auf Flugblätter oder Briefe. Immerhin 5% geben an, Mitglieder des EP bei einer oder mehreren öffentlichen Veranstaltungen gesehen zu haben – der höchste Wert aller EU-Mitgliedstaaten. Vermutliche Nichtwähler sind freilich überwiegend informations- und kontaktabstinent.

Das Interesse an Informationen und Kontakten mit EP-Abgeordneten entspricht grosso modo dem obigen: 40% sind nicht daran interessiert, jeweils ein Drittel wünscht Informationen aus dem Fernsehen und den Printmedien, 14% aus dem Radio und 7% aus dem Internet. Weitere 7% melden Interesse an persönlichem Kontakt mit EP-Mitgliedern bei öffentlichen Veranstaltungen an. Besonders hoch ist das Desinteresse bei Kritikern der EU und ihren Vorhaben.

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Grafik 20: Frage 44: Themen für Ep-Wahlkampagne

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Grafik 21: Information seit den letzten Wahlen

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Grafik 22: Information über Mitglieder des Europa-Parlaments

EUROBAROMETER 59.1
Austria

Das mäßige Interesse der Österreicher an den Europa-Wahlen dürfte nicht zuletzt an der eher zwiespältigen Sichtweise des Europäischen Parlaments liegen: Auf der einen Seite glauben sechs von zehn Befragten, dass das Europäische Parlament mehr Macht habe als der österreichische Nationalrat und gleich viele halten die EP-Wahlen für wirklich wichtig. Auf der anderen Seite bescheinigt man der Tätigkeit des Europa-Parlaments (ähnlich auch der EU insgesamt) weniger große Auswirkungen auf „Menschen wie mich“ als dies von den nationalen politischen Institutionen (Bundesregierung, Landesregierung, Nationalrat) vermutet wird. 48% meinen, dass die EU-Abgeordneten die Interessen (der Befragten) gut schützen, aber 35% sehen eher das Gegenteil als gegeben an. EU-Kritiker und wahrscheinliche Nichtwähler beurteilen sowohl die Auswirkungen der Arbeit und Entscheidungen des Europäischen Parlaments als auch die Interessenvertretung durch die EP-Abgeordneten als besonders unwichtig bzw. als mehrheitlich negativ.

Grafik 23: Zustimmung zu Aussagen

Grafik 24/F 42: Institutionen und Auswirkungen

5. SONDERTHEMEN

5.1. INSTITUTIONENVERTRAUEN

Die Österreicher setzen viel Vertrauen in die staatlichen Institutionen (Polizei, Justiz, Rechtssystem, öffentliche Verwaltung), ferner in das Bundesheer und die elektronischen Medien sowie in Wohltätigkeits- und ehrenamtliche Organisationen. Mehr Vertrauen als Misstrauen bekundet man auch für die UNO, sowie ansatzweise für die Printmedien. Beim Nationalrat halten Vertrauen und Misstrauen einander die Waage. An einem leichten Vertrauensdefizit laboriert die Bundesregierung, an einem starken die EU, die Gewerkschaften, große Firmen und vor allem die politischen Parteien. Im Vergleich zum Durchschnitt der EU-15 bringt man den meisten staatlichen Institutionen und den Medien, aber auch den wettbewerbsorientierten politischen Institutionen mehr Vertrauen entgegen, der EU hingegen weniger.

Im Vergleich zum Frühjahr 2002 haben in Österreich Nationalrat, Parteien und Regierung aber auch die UNO und die Europäische Union erkennbar an Vertrauen verloren, die elektronischen Medien etwas gewonnen. Im EU-Durchschnitt sind deutliche Vertrauensgewinne für Wohltätigkeits- und ehrenamtliche Institutionen sowie leichte bei den Medien und der Justiz zu verzeichnen, Einbußen an Vertrauen bei der UNO und großen Firmen.

Tabelle: Institutionenvertrauen im EU-Vergleich

Frage:							
Nun eine Frage über das Vertrauen in bestimmte Institutionen. Ich lese Ihnen Institutionen vor und Sie sagen mir für jede einzelne, ob Sie ihr eher vertrauen oder ob Sie ihr eher nicht vertrauen							
	Österreich					EU-15	
In Prozent	vertrauen	nicht vertrauen	weiß nicht	PPD 2002	PPD 2003	PPD 2002	PPD 2003
• Polizei	73	19	8	+54	+54	+36	+39
• Justiz/nationales Rechtssystem	69	23	8	+43	+46	+3	+10
• Fernsehen	67	28	5	+32	+39	+16	+20
• Radio	66	29	5	+33	+37	+30	+35
• Bundesheer (Streitkräfte)	62	25	12	+39	+37	+42	+42
• Wohltätigkeits- oder ehrenamtliche Organisationen	56	30	13	+30	+26	+19	+30
• UNO	46	39	15	+15	+7	+22	+12
• Presse	47	45	8	+4	+2	-5	+1
• österreichischer Nationalrat (nationales Parlament)	42	43	15	+15	+14	-5	-4
• österreichische Bundesregierung (nationale Regierung)	40	47	13	+5	-4	-12	-15
• religiöse Institutionen	40	49	11	-4	-9	-4	-4
• Gewerkschaften	39	49	12	-10	-10	-12	-13
• Europäische Union	36	50	14	-6	-14	+9	+6
• große Firmen	31	54	15	-19	-23	-19	-28
• politische Parteien	20	70	11	-40	-50	-55	-58

Quelle: EUROBAROMETER 59.1, Frühjahr 2003

5.2. PROBLEME, ÄNGSTE UND POLITISCHE INVOLVIERUNG

Als wichtigste Themen, denen sich Österreich zur Zeit stellen muss, gelten die Arbeitslosigkeit und die Pensionen (die Umfrage fand während der äußerst kontroversiellen Pensionsreformdiskussion in Österreich statt), gefolgt von der wirtschaftlichen Situation, Kriminalität und dem Gesundheitssystem. Das Pensionsthema ist in Österreich präsenter als im Durchschnitt der EU-15, Kriminalität und Terrorismus werden hingegen seltener genannt.

Einen Hinweis auf Elemente der emotionalen Befindlichkeit, die auch politische Konsequenzen zeitigen, liefern die Befunde über die Ängste der Menschen: die Österreicher zeigen sich in allen abgefragten Ängsten weniger furchtsam als die meisten anderen EU-Bürger – mit einer gewichtigen Ausnahme: der Angst vor einem Unfall in Kernkraftwerken, die an erster Stelle rangiert (gefolgt von Terrorismus und organisiertem Verbrechen). Seit dem Herbst des Vorjahres haben vor allem die Ängste vor Epidemien (vermutlich eine Reaktion auf SARS) und kriegesischen Auseinandersetzungen in Europa merkbar zugenommen, die Sorge vor einem Unfall in Kernkraftwerken hat sich etwas abgeschwächt.

Politische Diskussionen mit Freunden werden von 16% häufig und 61% gelegentlich geführt, 21% halten private Kontakte von politischen Themen frei. Andererseits zeigt man sich eher zurückhaltend, wenn es darum geht Freunde, Verwandte oder Arbeitskollegen von der eigenen Meinung, auf die großen Wert gelegt wird, zu überzeugen: 10% tun dies häufig, 41% von Zeit zu Zeit, 29% selten und 17% niemals.

Grafik 25/Frage 5: Zwei wichtigsten Themen

Tabelle: Ängste im EU-Vergleich

Frage:						
Ich lese Ihnen nun eine Reihe von Dingen vor, vor denen manche Menschen Angst haben. Sagen Sie mir bitte für jedes dieser Dinge, ob Sie persönlich Angst davor haben oder nicht						
haben Angst davor (in Prozent)	Österreich			EU-15		
	EB 57	EB 58	EB 59	EB 57	EB 58	EB 59
➤ Unfall in einem Kernkraftwerk	66	74	68	67	71	65
➤ Terrorismus	52	62	62	78	82	80
➤ organisiertes Verbrechen	47	57	59	71	76	71
➤ Verbreitung von Massenvernichtungswaffen	41	55	57	62	72	72
➤ versehentlicher Abschuss einer Atomrakete	41	50	49	50	58	57
➤ Epidemien, Seuchen	29	37	50	48	53	63
➤ Weltkrieg	33	40	48	51	57	59
➤ ethnische Konflikte in Europa	36	46	45	58	60	54
➤ Krieg mit konventionellen Waffen in Europa	32	38	42	44	49	48
➤ atomarer Konflikt in Europa	34	42	40	45	52	50

Quelle: EUROBAROMETER 57.1 - 59.1

5.3. ROLLE DER USA UND AUSSENPOLITISCHE INFORMATIONSQUELLEN

Die Rolle der USA wird in Österreich besonders kritisch gesehen, vor allem im Hinblick auf Umweltschutz, Bekämpfung der Armut in der Welt und Frieden auf der Welt, wo mehr als die Hälfte der USA eine negative Rolle unterstellen. Eher skeptisch zeigt man sich auch über ihren Beitrag zum Weltwirtschaftswachstum und zum Kampf gegen den Terrorismus.

Informationen über die aktuelle internationale Situation bezieht man primär aus den Nachrichten des österreichischen Fernsehens (76%) und österreichischen Zeitungen und Zeitschriften (75%); dann kommen noch österreichische Radiosender (53%) und Nachrichten im ausländischen Fernsehen (38%). Jeweils ca. ein Fünftel nennen Diskussionen im privaten Umfeld und Fernsehdiskussionen mit Politikern bzw. Experten, 16% TV-Nachrichtensender rund um die Uhr, 14% das Internet, 12% ausländische Zeitungen und Zeitschriften und 10% ausländische Radiosender. Der Stellenwert ausländischer TV-Nachrichten, Radiostationen und Zeitungen ist in Österreich vergleichsweise hoch, was zu einem Gutteil durch die starke Penetration mit deutschsprachigen Medien (Kabel, Satellit, Printmedien etc.) erklärbar ist und zwar auch in den ostösterreichischen Ballungszentren.

Grafik 26/F 27: Rolle der vereinigten Staaten

Grafik 27/Frage 26: Informationsquellen